

Frank Kuschel
Dienstag, 19. August 2008

Presseinformation

SPD-Vorschlag für „Thüringer Sozialfonds“ geht am Problem vorbei!

„Der Thüringer SPD will weiterhin an der bisherigen Praxis der Erhebung von Abwasser- und Straßenausbaubeiträgen festhalten, egal was es kostet“, kritisiert der kommunalpolitische Sprecher der Landtagsfraktion DIE LINKE; Frank Kuschel.

Ganz in diesem Sinne hat die SPD jetzt vorgeschlagen, einen „Thüringer Sozialfonds“ für Beiträge in Höhe von 30 Millionen EUR zu schaffen. Aus diesem Fonds sollen kostenfreie Stundungen und zinsfreie Ratenzahlungen für Straßenausbau- und Abwasserbeiträge finanziert werden.

Der Vorschlag ist es mehrten Gründen erstaunlich, aber eben auch unehrlich. In den letzten drei Jahren ist die SPD nicht müde geworden, die Abschaffung der Wasserbeiträge, die Rückzahlung bereits gezahlter Beiträge und die Kostenentlastungen bei den Abwasserbeiträgen zu kritisieren. Als Hauptargument der Kritik an der Abschaffung der Wasserbeiträge diente der SPD die daraus resultierenden Kosten für das Land. Der Freistaat muss jährlich rund 30 Millionen EUR an die Zweckverbände infolge der Abschaffung der Wasserbeiträge zahlen. „Es ist wenig überzeugend, wenn die SPD einerseits die Abschaffung der Wasserbeiträge kritisiert, weil dies dem Land zu viel Geld kosten, andererseits jetzt aber zusätzlich 30 Millionen EUR fordert, um Abwasser- und Straßenausbaubeiträge zinslos stunden zu können“, so der Landtagsabgeordnete weiter.

Die Abschaffung der Wasserbeiträge und die bürgerfreundlichere Berechnung der Abwasserbeiträge waren erste richtige Schritte hin zu einem modernen Kommunalabgabenrecht in Thüringen. DIE LINKE teilt dabei die Kritik der SPD, was die Finanzierung betrifft. DIE LINKE hatte ein Verrechnungsmodell mit laufenden Wassergebühren vorgeschlagen, was dem Land jährlich nur fünf Millionen EUR gekostet hätte.

„Der jetzige Vorschlag der SPD geht jedoch am Problem vorbei“, ist sich Frank Kuschel sicher. Ein veraltetes System der Finanzierung von Straßen und Abwasseranlagen kann man nicht durch Stundungen und Zinsbeihilfen überlebensfähig gestalten. Das System der Ausbaubeiträge muss grundsätzlich überprüft und in Frage gestellt werden. Es ist nicht mehr zeitgemäß und auch nicht reformierbar.

In drei Bundesländern gibt es bereits keine Straßenausbaubeiträge mehr. Im Saarland und in Sachsen können die Gemeinden selbst entscheiden ob und in welcher Höhe sie Straßenausbaubeiträge erheben. „Was in anderen Bundesländern Realität ist, darf in Thüringen nicht als Unmöglich bewertet werden“, fordert Frank Kuschel. Ein Viertel der kommunalen Aufgabenträger der Abwasserentsorgung verzichten in Thüringen bereits auf Abwasserbeiträge, ohne dass dabei die Abwassergebühren dramatisch höher liegen als bei den Zweckverbänden, die Beiträge erheben.

„Wenn die von der SPD vorgeschlagen 30 Millionen EUR zusätzlich als Fördermittel an die Zweckverbände und Gemeinden ausgezahlt werden, könnte dies die Kostenbelastung für die Bürger wirksamer senken als dies durch Stundungen jemals möglich ist“, erklärt der Landespolitiker der LINKEN abschließend.

Frank Kuschel